

Medienmitteilung

Delegiertenversammlung BDP Schweiz in Luzern

Kampf gegen die gefährliche Isolation: Schweiz braucht eine starke Mitte und eine starke BDP

Die Delegierten der Bürgerlich-Demokratischen Partei der Schweiz BDP haben heute in Luzern und vier Parolen gefasst: Sie sagen Ja zur Pädophilie-Initiative, Ja zum Gripfen und Ja zur Hausarztmedizin. Die Einheitskrankenkasse haben die Delegierten klar abgelehnt. Parteipräsident Martin Landolt thematisierte in seiner Rede das schlechte Resultat bei den Berner Wahlen und sagte der Isolation der Schweiz den Kampf an.

Parteipräsident Martin Landolt bezeichnete die Niederlage in Bern als klaren Weckruf. Jede Krise müsse aber als Chance genutzt werden. „Dieses Land braucht eine starke Mitte, welche die Zukunft der Schweiz mitgestaltet. Und diese starke Mitte braucht eine starke BDP, die sachlich und lösungsorientiert Fortschritte möchte und nicht in sturen Positionen verharrt.“

Die BDP sei eine Partei, die nicht nur fordere, was zu tun sein, sondern auch Lösungsvorschläge bringe, wie etwas getan werden könne. So habe sie vor wenigen Wochen einen konkreten Lösungsansatz präsentiert, wie die Masseneinwanderungsinitiative verfassungskonform umgesetzt werden könnte, ohne die Bilateralen Verträge mit der EU zu riskieren. Ebenso habe die BDP beispielweise bei der Altersvorsorge und in der Energiepolitik klare Positionen bezogen. *(am Samstag mit Factsheets verlinken)*

Kampf gegen die gefährliche Isolation und rechtsextreme Rhetorik

Gerade nach dem 9. Februar ist es wichtiger denn je, das Erfolgsmodell Schweiz noch entschlossener zu verteidigen. „Wenn sich eine demokratische Mehrheit dieses Landes am langen Ende dazu entscheidet, sich vom Rest der Welt zu isolieren, dann hat sie es so gewollt. Aber wir dürfen bis dahin nicht aufhören, dagegen anzukämpfen. Wir dürfen uns nie den Vorwurf machen, wir hätten nicht alles versucht. Wir wollen nicht zu den Gaffern gehören, die zuschauen, wie etwas Schlimmes passiert. Wir sind diejenigen, die zu verhindern versuchen, dass etwas Schlimmes passiert.“

Ja zur Pädophilie-Initiative (95 zu 20 Stimmen, bei 10 Enthaltungen)

Die BDP unterstützt die Initiative, welche ein lebenslanges Berufsverbot fordert, aus zwei Gründen: Zum einen ist Pädophilie nicht heilbar und zum anderen besteht bei Pädophilen zu oft eine hohe Rückfallgefahr. Für die BDP ist es deshalb klar, dass die Kinder in Schulen, Heimen oder Sportclubs nur durch ein lebenslanges Berufsverbot geschützt werden können.

Ja zum Gripfen (89 zu 20 Stimmen, bei 10 Enthaltungen)

Die BDP ist überzeugt, dass die Schweiz einen funktionierenden Luftschirm braucht: Um die Armee am Boden zu schützen, um die luftpolizeilichen Aufgaben zu erfüllen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und um die hochsensiblen Verkehrs-, Kommunikations- und Energieinfrastrukturen zu schützen, die ein wichtiger Motor für die Wirtschaft und somit auch für den Wohlstand sind.

Ja zur Hausarztmedizin (122 zu 3 Stimmen)

Ja zur Hausarztmedizin, weil nur so die Grundversorgung sichergestellt wird und die Gesundheitskosten langfristig gesenkt werden können. Für die BDP haben Haus- und Kinderärzte v.a. in den ländlichen Gebieten und Bergregionen immer noch eine zentrale Rolle in der medizinischen Grundversorgung und sind unverzichtbar.



Nein zur Einheitskrankenkasse (103 zu 4 Stimmen, bei 13 Enthaltungen)

Für die BDP ist und bleibt die staatliche Einheitskrankenkasse eine Scheinlösung. Die geforderten Kosteneinsparungen lassen sich auf diese Weise nicht verwirklichen, dazu braucht es vielmehr endlich echte Reformen im Gesundheitswesen. Zudem findet die BDP den Wettbewerb im Gesundheitswesen wichtig und sinnvoll.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 23. August 2014 in der Westschweiz statt.

Die Referate und alle Unterlagen der heutigen Parteiversammlung finden Sie auf unserer Homepage www.bdp.info.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

Jon Domenic Parolini, Parteipräsident BDP GR, 079 280 72 92

NR Bernhard Guhl, 079 337 80 50

NR Ursula Haller, 079 330 72 60

Stefan Hunger, Kantonsrat ZH, 076 210 63 60

05.04.2014